

JÜDISCHE EMIGRATION UND NATIONALSOZIALISTISCHE VERTREIBUNG AUS ÖSTERREICH NACH PALÄSTINA IN DEN 1920ER- UND 1930ER-JAHREN

VICTORIA KUMAR

„Liebe Freunde, packt Eure Bündel und kommt her, aber verpasst nicht die Überfuhr. Wer etwas kann oder wer Geld hat, wird unbedingt reüssieren! Wollt Ihr Bürger erster Klasse sein, so lernt Hebräisch. Kommt Freunde, kommt alle, solange man Euch lässt. Bedenket, Ihr bauet unser Land, unser Land, aus dem uns niemand mehr jagen wird! Alfred Weiß.“¹

In dem an die Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde Graz adressierten Schreiben schildert der 1934 nach Palästina ausgewanderte Grazer Alfred Weiß nicht nur seine ersten Eindrücke über das Einwanderungsland, als überzeugter Zionist ruft er ebenfalls dazu auf, seinem Beispiel zu folgen und die „Alijah“², die Einwanderung nach „Erez Israel“³, anzutreten. In den wenigen Zeilen werden viele Aspekte der Palästina-Wanderung angesprochen: Die erforderliche berufliche und sprachliche Qualifikation, die finanziellen Anforderungen, die auf ein Quotensystem zurückgehenden begrenzten Einwanderungsmöglichkeiten, sowie das zionistische Ziel, einen jüdischen Staat aufzubauen. In erster Linie sollte dies durch die Alijah zahlreicher Jüdinnen und Juden verwirklicht werden. Schließlich verdeutlicht die Formulierung „unser Land, aus dem uns niemand mehr jagen wird“ die seit dem späten 19. Jahrhundert in Europa existierende Wechselwirkung von Zionismus und Antisemitismus und das Nebeneinander von ideologischen Motiven und rein pragmatischen Überlegungen, das für Migrationsbewegungen europäischer Jüdinnen und Juden nach Palästina noch vor den 1930er-Jahren charakteristisch war.

In all ihren Phasen wies die Palästina-Wanderung einen „doppelten Charakter“ auf, der sich durch das Aufeinandertreffen von der Rettungsbewegung für die verfolgten und Not leidenden Diaspora-Jüdinnen und -Juden und der Verwirklichung der zionistischen Ideen ergab. Bedeutung kam Palästina zudem aufgrund der religiösen Komponente zu – die Entstehung der jüdischen Diaspora außerhalb des „Landes Israel“ markierte gleichzeitig den Beginn der „Zionsehnsucht“, der Hoffnung auf eine Rückkehr eben dorthin. Auch wird der besondere Stellenwert Palästinas durch die im Kontext der jüdischen Palästina-Wanderung auftauchende zionistische Terminologie deutlich.

Angesichts der geringen Anzahl österreichischer Jüdinnen und Juden, die noch vor 1938 nach Palästina auswanderten – die Forschung geht von einigen hundert aus –, ist der beschriebene „doppelte Charakter“ von Migrationsbewegungen nach Palästina für die österreichische Alijah weniger kennzeichnend. Als entscheidendes Motiv für die in den 1930er-Jahren erfolgte Auswanderung muss – neben wirtschaftlichen Beweggründen – das zunehmend antisemitisch geprägte politische und gesellschaftliche Klima des zwischenkriegszeitlichen Österreich angesehen und die Emigration muss in weiten Teilen als „präventive Flucht“ charakterisiert werden.

¹ Aus dem Brief eines Grazers in Erez Israel, in: Mitteilungen der Kultusgemeinde Graz, 9. Jg., Juli 1934, Nr. 4

² Alijah/Aljoth (hebräisch): Wörtlich Aufstieg; jüdische Einwanderung nach Palästina/Israel, mehrere Immigrationsperioden (Aljoth) werden unterschieden.

³ Erez Israel (hebräisch): Land Israel, dem Wortsinn nach „Land (Boden, Stadt, Berg) des Heiligen“

Die Einwanderinnen und Einwanderer trafen in Palästina auf eine äußerst heterogene Bevölkerung, die sich aus einer Vielzahl an Nationalitäten und Generationen mit verschiedenen Sprachen, Weltanschauungen und beruflichen Tätigkeiten zusammensetzte. Alleine deshalb gestaltete sich das Verhältnis zwischen dem Yishuv⁴ und den nachkommenden Immigrantinnen und Immigranten konfliktreich. Die mit der Fünften Alijah ins Land Gekommenen hatten häufig weder eine besondere Beziehung zum Judentum noch zum Zionismus. Mehrheitlich entsprachen die Einwanderinnen und Einwanderer kaum dem Wunschbild des Yishuvs von jungen, körperlich hart arbeitenden Menschen, die aktiv zum Aufbau des jüdischen Staates beitragen. Speziell die deutschsprachigen Neuankömmlinge wurden keineswegs mit offenen Armen empfangen und ob ihrer mangelnden sprachlichen und beruflichen Anpassungsbereitschaft und der „fehlenden jüdischen Einstellung zur Frage des Yishuv“ kritisiert. Schon Vertreter früher Einwanderungswellen sahen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, keine überzeugten Zionisten zu sein, die Diaspora nach Palästina „transferiert“ zu haben und den zu diesem Zeitpunkt sozialistischen Charakter des Yishuvs zu gefährden. Die besonders seitens der zionistischen Arbeiterbewegung verfolgte selektive Einwanderungspolitik – wonach in erster Linie umfassend vorbereitete Pioniere ins Land gelassen werden sollten –, war speziell nach 1933 nicht mehr haltbar und das „avantgardistische und elitäre Konzept des Pioniertums“ musste weitgehend verworfen werden. Auch seitens der Ankommenden galt es, die Erwartungen und Wünsche an Aufnahmeland und -gesellschaft zu korrigieren oder zumindest zurückzuschrauben.

Für die österreichischen Jüdinnen und Juden hatte die Suche nach Auswanderungsmöglichkeiten zu einem Zeitpunkt begonnen, als zahlreiche Staaten bereits eine restriktive Aufnahmepolitik gegenüber jüdischen Flüchtlingen verfolgten.

Während sich die Entrechtung und die soziale und wirtschaftliche Exklusion der jüdischen Bevölkerung in Deutschland schrittweise vollzog und die allmählichen Veränderungen den Eindruck erwecken konnten, als könnte ein Leben selbst unter diesen Bedingungen noch möglich sein, ergoss sich in Österreich nach dem „Anschluss“ eine Flut an antijüdischen Gesetzen und Verordnungen, die – besonders in Wien – wenig Raum für Selbsttäu- schung ließen.

Die jüdische Emigration aus Deutschland verlief bis 1938 zumindest bis zu einem gewissen Ausmaß geregelt und mit bestimmten „Zugeständnissen“ (etwa bei der Mitnahme von Besitz). Die Rahmenbedingungen für die aus Österreich Vertriebenen stellten sich hingegen völlig anders dar. Zahlreiche unterschiedliche Instrumentarien wurden zu einem systematischen Vertreibungsprogramm gebündelt: Neben der rechtlichen Marginalisierung, wirtschaftlichen Enteignung und gesellschaftlichen Isolierung wurden auch körperliche Übergriffe und Inhaftierungen als Mittel zur Forcierung der jüdischen Abwanderung herangezogen. Mit der im August 1938 in Wien errichteten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ wurde ein „rationalisiertes“ bürokratisches Verfahren gefunden, mit dem sich der Vertreibungs- und Beraubungsvorgang binnen kürzester Zeit abwickeln ließ.

Hatten österreichische Jüdinnen und Juden in den ersten Monaten nach dem „Anschluss“ vor allem europäische und nord- und südamerikanische Staaten als Destinationen „gewählt“, so wurde nach dem Novemberpogrom, als mehrere Länder ihre Einwanderungsbestimmungen aufgrund des erwarteten Flüchtlingsstroms aus den deutschen Gebieten verschärft hatten, verstärkt Palästina als Fluchtoption in Betracht gezogen. Das Land auf legalem Wege zu erreichen, war aufgrund der vom britischen Mandatar bestimmten restriktiven Einwanderungsquote nichtsdestotrotz schwierig.

⁴ Yishuv (hebräisch): Wörtlich Siedlung; Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung in Palästina vor 1948

Die Anzahl der Einwanderungsgenehmigungen war abhängig von der „ökonomischen Aufnahmefähigkeit“ des Landes. Nur Personen, die über ein gewisses Kapital verfügten, konnten unbegrenzt einwandern. Voraussetzung für die Einreise bei allen anderen war, dass der Unterhalt gesichert war. Die Jewish Agency (die offizielle Vertretung der jüdischen Bevölkerung in Palästina) verteilte die Einwanderungszertifikate an die verschiedenen Palästina-Ämter (1918 entstand ein Büro in Wien, 1924 in Berlin), wo die Auswahl „geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten“ erfolgte.

Für die Rettung der jüdischen Bevölkerung Österreichs spielte die „Alijah Beth“ eine bedeutende Rolle. Mithilfe der von mehreren zionistischen Gruppierungen organisierten und von den Briten mit großem Aufwand bekämpften illegalen Palästina-Wanderung konnten tausende europäische Jüdinnen und Juden auch nach Kriegsausbruch aus Europa fliehen. Weitgehend geduldet bis gefördert wurde die „Alijah Beth“ auch von den nationalsozialistischen Behörden, die Palästina bei der Erreichung ihres Zieles, die jüdische Bevölkerung vollständig zu vertreiben, besondere Relevanz zumaßen. Wenn auch innerhalb der Führungskreise kontrovers diskutiert, räumten die nationalsozialistischen Machthaber den zionistischen Organisationen in Deutschland und später auch in Österreich lange Zeit eine bevorzugte Stellung ein und boten außerdem wirtschaftliche bzw. finanzielle Anreize, die die Auswanderung nach Palästina vorantreiben sollten. So ermöglichte das Haavara-Abkommen zwischen 1933 und 1939 deutschen Emigrantinnen und Emigranten über den Export deutscher Waren die Überführung von Teilen ihres Vermögens nach Palästina.

Insgesamt schafften rund zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung Österreichs (rund 130.000) den Weg in die Emigration. Für mehr als 15.000 österreichische Jüdinnen und Juden wurde Palästina nach dem „Anschluss“ ein weitgehend beliebiger, aber rettender Zufluchtsort, der nach wenigen Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich als einzige Fluchtmöglichkeit geblieben war.

ZUM WEITERLESEN

Victoria Kumar: Land der Verheißung – Ort der Zuflucht. Jüdische Emigration und nationalsozialistische Vertreibung aus Österreich nach Palästina 1920 bis 1945, Innsbruck 2016

Gabriele Anderl: Generationenkonflikte. Die zionistische Auswanderung aus Österreich nach Palästina in der Zwischenkriegszeit, in: Frank Stern, Barbara Eichinger (Hrsg.): Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 71–98